

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO

Bereich Beschäftigung von Mitarbeitern (Stand: Januar 2026)

Allgemeine Hinweise zu den Informationspflichten

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). In diesem Dokument geben wir Ihnen Auskunft über die wichtigsten Aspekte der Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen einer **Beschäftigung von Mitarbeitern** bei der SVG Wohnen eG

Identität des Verantwortlichen

Name des Verantwortlichen

SVG Wohnen eG

Vorstand

Thomas Herbst

Robert an der Brügge

Anschrift des Verantwortlichen/Kontaktdaten

Regerstraße 17, 70195 Stuttgart (Botnang)

Telefon: 0711 69783-0

E-Mail: info@svg-eg.de

Datenschutzbeauftragter

Externer Datenschutzbeauftragter bestellt über

WTS Wohnungswirtschaftliche Treuhand Stuttgart GmbH

Hohe Straße 16, 70174 Stuttgart

Telefon: 0711 16345401

E-Mail: dsb-wts@wts-vbw.de

Zweckbestimmungen der Datenverarbeitung

Abschluss, Durchführung und Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen

1. Bearbeitung der Bewerbung für eine Arbeitsstelle
2. Bei erfolgreicher Bewerbung Abwicklung des Arbeitsverhältnisses:
 - 2.1 Gehaltszahlung
 - 2.2 Abführung der Lohnsteuer- und Sozialabgaben

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO

Bereich Beschäftigung von Mitarbeitern (Stand: Januar 2026)

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtfertigung

1. Vertrag
Arbeitsvertrag, Anbahnung Arbeitsvertrag
2. Gesetz
Arbeitszeitgesetz, Buchhaltungspflichten nach HGB und Steuergesetzen, Betriebsverfassungsgesetz, Steuer- und Sozialversicherungsgesetze,

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

1. Intern
Vorstand
Weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind
Aufsichtsrat im Rahmen seiner Überwachungspflichten bzw. von diesem beauftragte Sachverständige Dritte
Datenschutzbeauftragter
2. Extern
IT-Dienstleister bzw. Softwaresystemhäuser für EDV-Anwendungen (z.B. externe IT-Administration, ERP-Systemhersteller, etc.)
Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Berater
Gläubiger des Beschäftigten bei vorliegenden Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen
Dienstleister für Dokumentenvernichtung
Dienstleister für die Lohnabrechnung
3. Ämter und Behörden (sofern Daten auf gesetzlicher Grundlage angefordert werden bzw. bereitzustellen sind)
Sozialversicherungsträger
Finanzbehörden

Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten

Es erfolgt keine Übermittlung in Staaten außerhalb der EU und ist auch nicht geplant.

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO

Bereich Beschäftigung von Mitarbeitern (Stand: Januar 2026)

Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen

1. **Betroffenenrechte**

Sie haben das Recht auf:

- 1.1 Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- 1.2 Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten
- 1.3 Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- 1.4 Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- 1.5 Widerspruch (speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)
- 1.6 Datenübertragbarkeit

2. **Speicherdauer**

- 2.1 Daten aufgrund von Vertragsanbahnung werden gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Aufbewahrungs- bzw. Nachweisfristen der Löschung nicht entgegenstehen.
- 2.2 Während des bestehenden Vertragsverhältnisses erfolgt die Speicherung nach den gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.
- 2.3 Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften, bzw. zum Nachweis des Beschäftigtenverhältnisses und bestehender Rentenansprüche im Interesse des Arbeitnehmers ggfs. auch bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter.

3. **Widerruf bei Einwilligung**

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt i.d.R. auf vertraglicher Grundlage bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.

4. **Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde**

- 4.1 Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO

Bereich Beschäftigung von Mitarbeitern (Stand: Januar 2026)

- 4.2 Beschwerden richten Sie bitte an:
**Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Baden-Württemberg**
Heilbronner Straße 35, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 6155410
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de
5. **Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung**
Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind gesetzlich verpflichtet, dies Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen (Sozialversicherung, Steuer), würden wir einen Gesetzverstoß begehen, der ggfs. straf- oder bußgeldbewehrt wäre.
6. **Automatische Entscheidungsfindung**
Eine automatisierte Entscheidungsfindung erfolgt nicht.